

Bote von der Ybbbs

Erscheint jeden Freitag 3 Uhr nachmittags

Bezugspreis mit Postverendung: Ganzjährig 8 14.60 Halbjährig „ 7.30 Vierteljährig „ 3.75 Bezugsgebühren und Einschaltungsgebühren sind im voraus und portofrei zu entrichten.		Schriftleitung und Verwaltung: Dr. Dollfuß-Platz Nr. 31. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen, Handschriften nicht zurückerstattet. Ankündigungen (Inserate) werden das erste Mal mit 10 Groschen für die 5 spaltige Millimeterzeile oder deren Raum berechnet. Bei Wiederholungen Nachlaß. Mindestgebühr 1 Schilling. Die Annahme erfolgt in der Verwaltung und bei allen Anzeigen-Vermittlungen. Schluß des Blattes: Donnerstag, 4 Uhr nachmittags.	Preise bei Abholung: Ganzjährig 8 14.— Halbjährig „ 7.— Vierteljährig „ 3.60 Einzelpreis 30 Groschen.
--	--	---	--

Folge 36

Waidhofen a. d. Ybbbs, Freitag den 4. September 1936

51. Jahrgang

Politische Uebersicht.

Österreich.

Dieser Tage fand unter Vorsitz des Bundeskanzlers Dr. Schuschnigg ein Ministerrat statt, der zunächst die laufenden Angelegenheiten erledigte. Der Ministerrat trat dann in die Behandlung des Bundesvoranschlages für 1937 ein. Die Beratungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Anläßlich der Ausmusterungsfeier in Wien-Neustadt sprach Bundeskanzler Schuschnigg über Standesfragen der Offiziere und kündigte ein neues Dienstrecht derselben an. Er sagte u. a.: Ein Land und ein Volk wird in erster Linie nach seiner Armee gewertet. Und zur richtigen Wertung einer Armee genügt die Technik allein noch nicht, und mag sie auch die fortgeschrittenste sein. Eine Armee wird gewertet nach ihrem Offizierkorps. Es mag Verufe geben, bei denen es zunächst genügt, daß der Verstand gebildet sei. Bei Ihrem Beruf genügt das nicht. Sie mögen noch so viel gelernt haben, rein verstandesmäßig kann die Vorbereitung für Ihren Beruf noch so vollkommen sein, zu Ihrem Beruf gehört noch ein weiteres dazu: Gemüt und Herz. Das ist gerade deshalb besonders aktuell und wirkt vielleicht auf diesem historischen Platz eindrucksvoller denn anderswo, weil Ihr Weg Sie an den Anbeginn einer neuen Periode der Wehrmacht und ihres Ausbaues in Österreich stellt. Während wir vor Jahresfrist am 1. September v. J. feststellen konnten, daß wir darangehen, unser Bundesheer zu vergrößern und zu verstärken, stehen Sie unmittelbar einem Monat vor dem Einrücken der ersten Rekruten, die auf Grund der allgemeinen Bundesdienstpflicht zu den Waffen eilen. Neue Aufgaben sind damit vor Sie gestellt, die wir dadurch Ihnen erleichtern wollen, daß ein neues, den Zeitverhältnissen materiell und ideell angepaßtes Dienstrecht des Offiziers geschaffen wird, das allen den Weg ebnet, so gut wie es eben vermögen. Lassen Sie mich noch ganz kurz daran erinnern, daß letztes Jahr Ihren Kameraden, die zur Ausmusterung kamen, der Gedanke nahegelegt wurde, nie zu vergessen, daß entgegen mancher übelwollender Kritik und manchem abfälligen an den Tatsachen Vorübergehen, es seit je zu den Traditionen des österreichischen Offiziers gehört hat, daß er volksnah und volksverbunden war. Wir alle — soziale Schichtungen konnte und durfte es im Offizierkorps nicht geben — wissen, daß das Volksnahe im Offizierkorps verkörpert bleibt. Der Offizier hat keine andere Ehre als jeder andere im Staat. Er hat auch nicht mehr Ehre als ein anderer. Aber er ist mehr verpflichtet, dafür zu sorgen, daß dieser Ehrenschild rein gehalten wird, als jeder andere. Das ist die besondere Aufgabe des Offiziers. Er hat mehr darüber zu wachen, daß niemand seiner Ehre zu nahe tritt; denn seine Ehre ist zugleich die Ehre seiner Fahnen und seine Fahne ist ein Symbol des Vaterlandes.

Der Generalsekretär der B.Z., Staatssekretär Guido Zernatto, sprach dieser Tage im Rundfunk über die Lösung der Jugendfrage. Er sagte u. a.: Die Fragen der Jugend sind Schlüsselpunkte für die Zukunft unseres Volkes und unseres Staates. Wir wollen nicht bei bloßen Formfragen stehen bleiben. Wir wollen die Fragen des wirklichen Lebens der Jugend lösen, aber nicht trocken und doktrinär, sondern im Rahmen der Jugendgemeinschaft selbst, durch die Jugend selbst, also mit Schwung und Schneid. Die Jugend von heute hat es schwerer als die Jugend früherer Generationen. Sie ist hineingeboren in eine gewaltige Wende der Zeiten, sie hat ein anderes Bild von der Welt, sie hat nicht den überfälligen, offenen Weg einer vorbeobachteten und vorbeorgten Existenz vor sich. Die Jugend von heute ist so sehnsüchtig nach der Wahrheit, kampfbereit und opfermutig. Wir, die wir schon mitten im Leben stehen und uns zu bewähren haben, fühlen die Pflicht in uns, an die Seite dieser Jugend zu treten. Nicht aufgehen und untergehen im kleinlichen Getriebe des Alltags, sondern die Augen offen haben für die Kräfte, die die Welt bewegen, und beitragen zum Ruhm des Vaterlandes, zur Größe des ganzen deutschen Volkes, zur Kultur der Menschheit, ist unsere Aufgabe. Wir hatten bisher im Organisationsleben der österreichischen Jugend ein groteskes Abbild des alten Parteistaates. Die Zahl und die Richtungen, nach denen die Jugend außerhalb der Schulen ge-

führt wird, gehen in die Tausende. Zahl und Geist unserer Jugend wurde zerplättert und zerlegt. Dieser Zustand mußte auf die Dauer unerträglich werden. Dazu war es notwendig, die gesetzmäßige Möglichkeit zur Beseitigung derjenigen Vereinen und Verbänden zu schaffen, die das wahrhaft Gute und Zielführende bunt umwickelten. Die Vorschriften, die die Jugendorganisationen bei ihrer Erziehungsarbeit anwenden, mußten einheitlich gestaltet werden und schließlich mußte der neuen großen Jugendorganisation der B.Z. die Möglichkeit geboten werden, zu gewissen Zeiten alle Jugendlichen Österreichs, seien sie in einem Verband oder nicht, zu gemeinsamen Übungen, Veranstaltungen oder Feiern heranzuziehen.

Deutsches Reich.

Am Reichsparteitag in Nürnberg erwartet man eine Stellungnahme des Reichskanzlers Adolf Hitler zur außenpolitischen Lage. Wie man vermutet, wird der Reichskanzler unter anderem Vorschläge zu einer Neuordnung des Verhältnisses zwischen der Tschechoslowakei und dem Deutschen Reich machen, die eine generelle Lösung aller Fragen zwischen dem Deutschen Reich und seinem Östlichbarn bringen sollen. Wie man hier glaubt, würde der auf der Locarno-Konferenz zu behandelnde Ostpakt gegenstandslos werden, wenn Deutschland neben Polen, Österreich und Litauen nun auch mit seinem letzten östlichen Nachbarn, der Tschechoslowakei, durch direkte Verhandlungen zu einer Einigung kommen würde. Weiter soll eine Erweiterung der bisherigen Zudengesehe verkündet werden, die die Juden aus dem wirtschaftlichen Leben im Deutschen Reich ausschaltet. Das Gesetz sieht eine Trennung zwischen jüdischen und arischen Geschäften und Aktiengesellschaften vor. Die Neugründung nichtarischer Geschäfte soll verboten werden. Im Zuge der Ausgestaltung der inneren Verwaltung des Reiches wird ein Gesetz verkündet werden, das das Deutsche Reich in 14 Gaue gliedert, deren Grenzen mit den bisherigen Landesgrenzen übereinstimmen.

Die Reichsregierung hat ein Gesetz verabschiedet, durch welches die Körperschaftssteuer für das Jahr 1936 um ein Viertel und ab 1937 um die Hälfte der bisherigen Sätze erhöht wird. Die Körperschaftssteuer ist die Einkommensteuer der Kapitalgesellschaften, der Personengesellschaften und Vermögensmassen, insbesondere also der Aktiengesellschaften und der Gesellschaften m. b. H. In der Begründung wird gesagt, das Steuerverkommen habe sich in den letzten drei Jahren in Verbindung mit den umfassenden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichsregierung und der starken Wirtschaftsbelebung durchaus günstig entwickelt. Die laufenden Steuereinnahmen hätten den Vorschlag überstiegen. Die Ausgaben des Reiches zur Abdeckung von Fehlbeträgen früherer Jahre, zur Abdeckung der Vorbelastung aus den verschiedenen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und zur Durchführung der großen nationalpolitischen Aufgaben, die durch das Lebensrecht der Nation bedingt seien, erforderten jedoch große Mittel. Das finanzpolitische Ziel der Reichsregierung sei, die Deckung dieser Ausgaben auf eine völlig gesicherte Grundlage zu stellen. Die meisten Kapitalgesellschaften gehörten zu denjenigen Unternehmen, die in der letzten Zeit bedeutende Gewinne erzielt hätten, die sich vielfach auch noch im Steigen befänden. Die Vermehrung der Gewinne habe auch zu einer Steigerung der Aktienturse geführt. Die Erhöhung der Körperschaftssteuer werde in Verbindung mit den zur Vermeidung einer ungesunden Dividendenpolitik getroffenen Maßnahmen einer unerwünschten Entwicklung der Aktienturse entgegenwirken.

Tschechoslowakei.

Der Führer der Sudetendeutschen Partei, Konrad Henlein, sprach dieser Tage in mehreren Rundgebungen, in denen er zu den Fragen der inneren Politik Stellung nahm. Wenn in den letzten Tagen, so führte Henlein u. a. aus, im Wahlkreis Karlsbad bereits zum drittenmal die Abhaltung eines Kreisparteitages der Sudetendeutschen Partei verboten wurde, so muß ich vor aller Weltöffentlichkeit dagegen Stellung nehmen, daß, entgegen den Grundrissen der Verfassungsurkunde und des Minderheitenvertrages der Tschechoslowakei, die Presse- und Versammlungsfreiheit uns verwehrt werden. Wenn man glaubt, uns dadurch zu treffen, so irrt man sich in den Methoden. Wir werden um so geschlossener und fester verlangen, daß wir die Belange unserer deutschen Heimat selbst verwalten können. Wenn man andererseits dem Auslande glauben

machen will, das Sudetendeutschtum sei gar nicht mehr einig, so beweisen unsere Rundgebungen das Gegenteil. Sie sind heute stärker und gewaltiger als zur Zeit der Wahlen. Unser Wille ist ehern, eherner und geschlossener als vor einem Jahr. Konrad Henlein beschäftigt sich dann mit Fragen der innerpolitischen Entwicklung, wobei er auf die Möglichkeit einer Erfüllung gewisser deutscher Wünsche im Herbst einging. Der Redner erklärte in diesem Zusammenhang: „Sollte man im Herbst den deutschen Regierungsparteien endlich entgegenkommen und ihnen ein kleines Geschenk in die Hand drücken, so wäre das nicht ein Erfolg dieser Parteien, sondern unser Erfolg, weil man vor uns Angst hat. Das sudetendeutsche Problem in seiner ganzen Breite und Tiefe wird jedoch nur mit uns gelöst werden oder es wird nicht gelöst.“

Ungarn.

Ministerpräsident Julius v. Gömbös wird sich auf einen sechswöchigen Urlaub begeben. Sein Vertreter wird der Ackerbauminister v. Daranyi sein. Während des Urlaubes des Ministerpräsidenten soll keine Änderung der Richtlinien der ungarischen Politik erfolgen.

Italien.

Beim Abschluß der großen Manöver hielt Mussolini eine große Rede, in der er u. a. ausführte: „Morgen werden in der Ebene von Volturara vor dem König und Kaiser von Albanien über 60.000 Mann, 200 Panzerwagen, 400 Geschütze, 400 Mörser, 3000 Maschinengewehre und 2800 Lastwagen vorbeiziehen. Diese Gesamtheit von Menschen und Material stellt nur einen bescheidenen Teil der Gesamtheit von Menschen und Material dar, auf die Italien heute sicher zählen kann. Nicht nur trotz, sondern gerade infolge des afrikanischen Feldzuges sind alle bewaffneten Kräfte Italiens jetzt leistungsfähiger als früher. Wir können immer im Laufe weniger Stunden und auf einen einfachen Befehl hin acht Millionen Menschen mobil machen. Das ist ein gewaltiges Werk, das die vierzehn Jahre des faschistischen Regimes geschaffen haben. Das italienische Volk muß wissen, daß sein innerer und äußerer Frieden gewahrt ist und mit seinem Frieden jener der Welt. Italien hat im Herzen Afrikas ein unermessliches Reich, wo es für einige Jahrzehnte seine Arbeitskraft und seine schöpferischen Fähigkeiten voll entfalten kann. Obwohl wir den Unsinn des ewigen Friedens ablehnen, der unserer Doktrin und unserem Temperament fremd ist, wünschen wir so lange als möglich, mit allen in Frieden zu leben und sind geneigt, unseren Beitrag für das Werk der Zusammenarbeit der Völker zu leisten. Nach dem katastrophalen Scheitern der Abrüstungskonferenz angeht des bereits entseßelten und nicht mehr aufzuhaltenden Wettlaufes kann die Lösung für die Italiener der faschistischen Ära nur lauten: Man muß stark sein. Man muß immer stärker sein, man muß so stark sein, daß man allen Möglichkeiten die Stirn bieten und entschlossen jedem Gesicht in die Augen sehen kann. Diesem höchsten Gebot muß das ganze Leben der Nation untergeordnet werden. Das Imperium ist nicht aus einem Kompromiß am grünen Tisch der Diplomatie hervorgegangen, sondern es ist aus fünf siegreichen Schlachten geboren.“

Rumänien.

Große und fast umstürzende Ereignisse sind in Rumänien eingetreten. Die Regierung Tatarescu hat demissioniert. Tatarescu hat bereits eine neue Regierung gebildet. Das Bedeutende an dieser Veränderung liegt in dem Umstande, daß der bisherige allmächtige Außenminister Titulescu ohne seine Zustimmung und ohne sein Wissen aus dem Kabinett entfernt wurde. Sein Sturz ist ein bedeutendes außenpolitisches Ereignis. Titulescu, der 1922 als Gesandter in London in den diplomatischen Dienst trat und 1927 zum erstenmal das Außenportefeuille übernahm, ist ein äußerst gewiegt Diplomat, dessen Bemühungen stets der Stärkung der Kleinen Entente und der Verhinderung einer jeden Revision der Friedensverträge galten. Als Österreich das Bundesdienstpflichtgesetz erließ, versuchte Titulescu in Genf und Paris eine internationale diplomatische Aktion gegen Österreich einzuleiten. Besonders scharf trat er stets den ungarischen Revisionsbestrebungen entgegen. Seit dem Herbst 1932 leitete er mit einer kurzen Unterbrechung die äußere Politik Rumäniens. Titulescu vertrat die absolute französische Orientierung in der rumänischen Außenpolitik. Die Kleine Entente verliert mit ihm eine ihrer stärksten Stützen.

